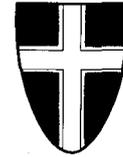


AMT DER
WIENER LANDESREGIERUNG



Dienststelle MD-Verfassungs- und
Rechtsmittelbüro
Adresse 1082 Wien, Rathaus
Telefonnummer 4000-82 317

MD-VfR - 97/97

Wien, 18. Februar 1997

Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Insolvenz-Entgelt-
sicherungsgesetz geändert wird;
Stellungnahme

AMT GESETZENTWURF
5 -GE/19
Datum: 24. FEB. 1997
25.2.97

An das
Präsidium des Nationalrates

Handwritten signature: H. Hajek

Das Amt der Wiener Landesregierung übermittelt in der Beilage
25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu dem im Betreff ge-
nannten Gesetzentwurf.

Für den Landesamtsdirektor:

Beilage
(25-fach)

Handwritten signature of Dr. Ponzer

Dr. Ponzer
Obersenatsrat

**AMT DER
WIENER LANDESREGIERUNG**Dienststelle **MD-Verfassungs- und
Rechtsmittelbüro**Adresse **1082 Wien, Rathaus**Telefonnummer **4000-82 317**

MD-VfR - 97/97

Wien, 18. Februar 1997

Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Insolvenz-Entgelt-
sicherungsgesetz geändert wird;
Begutachtung;
Stellungnahme

zu Zl. 37.006/74-2/96

An das
Bundesministerium für
Arbeit, Gesundheit und Soziales

Zu dem mit Schreiben vom 20. Jänner 1997, Zl. 37.006/74-2/96,
übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes wird nach Anhörung
des Unabhängigen Verwaltungssenates Wien wie folgt Stellung
genommen:

Das Amt der Wiener Landesregierung teilt zu dem im Betreff ge-
nannten Entwurf mit, daß grundsätzlich keine Einwände bestehen.
Es wird jedoch angemerkt, daß der Gesetzentwurf nicht durch-
gängig dem Erfordernis der sprachlichen Gleichbehandlung von
Mann und Frau gerecht wird. Diesbezüglich wird auf die im Hand-
buch der Rechtssetzungstechnik Teil 1: Legistische Richtlinien
1990, Pkt. 10, angeführten Grundsätze der sprachlichen Gestal-
tung von Rechtsvorschriften verwiesen.

Gleichzeitig werden 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme an das Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für den Landesamtsdirektor:



Dr. Ponzer
Obersenatsrat

SR Dr. Kahler